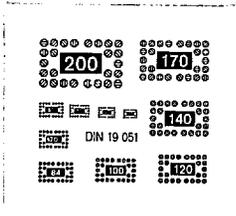


Die Alternativen des DGB für mehr Wachstum und Beschäftigung



Deine Stimme
für Arbeit und
soziale Gerechtigkeit!

C 98 - 04008

DGB

Herausgeber:
DGB-Bundesvorstand
Abteilungen Grundsatz, Wirtschafts-
Struktur- u. Arbeitsmarktpolitik

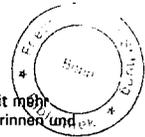
Verantwortlich:
Heinz Pützhammer
Düsseldorf, im Juni 1998

Hans-Böckler-Straße 39
(Hans-Böckler-Haus)
40476 Düsseldorf

Telefon 02 11/43 01-301
Telefax 02 11/43 01-218

Inhaltsverzeichnis:

	Seite
Einleitung	1
Handlungsfelder zur Verwirklichung einer Mehr-Wege-Strategie des DGB	3
1. Wachstumsbeschleunigung und Wachstumsverstetigung	3
1.1 Neue Beschäftigungsfelder durch mehr Innovationen	3
1.2 Ausbau und Modernisierung der Infrastruktur	5
1.3 Qualifizierungsoffensive: Investieren in menschliche Fähigkeiten	6
1.4 Finanzpolitik	9
1.5 Die Binnennachfrage und die Kaufkraft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stärken!	10
1.6 Geldpolitik	13
2. Gerechte Verteilung der Arbeit mit mehr Zeitsouveränität der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verbinden	13
3. Ausbau und Verstetigung der Arbeitsförderung	15
4. Aufbau Ost	16
Anhang 1 Bilanzen eines gescheiterten Politikkonzepts	18
Anhang 2 Wege zur Halbierung der Arbeitslosigkeit	23

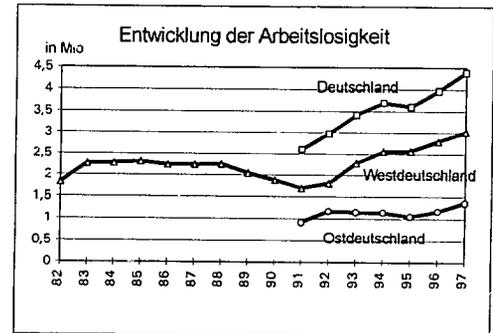


Die Alternativen des DGB für mehr Wachstum und Beschäftigung

Einleitung

Fast alle Menschen sind auf Arbeit als Einkommensquelle angewiesen.

Tatsächlich aber wird weit über vier Millionen Menschen nach offiziellen statistischen Angaben die Teilnahme am Arbeitsleben verweigert. Insgesamt fehlen sieben bis acht Millionen Arbeitsplätze.



Damit wird sich der DGB nicht abfinden.

Diese erschreckende Entwicklung zeigt eindeutig: Die Beschäftigungspolitik der Bundesregierung ist gescheitert.¹

Trotz aller Versprechen, Zusagen und Verträge - auch der Arbeitgeberverbände - ist die Arbeitslosigkeit nicht gesunken, sondern gestiegen.

¹Weitere Fakten und Argumente zur Begründung dieses Urteils sind im Anhang 1 zu diesem Positionspapier dokumentiert.

Auch die weiteren Beschäftigungsperspektiven sind nicht günstig:

Das Frühjahrsgutachten der Wirtschaftsinstitute sagt für 1998 eine im Jahresdurchschnitt gleichbleibende und für 1999 eine um 165.000 Personen sinkende Arbeitslosenzahl voraus. Bei einem solchen Tempo am Arbeitsmarkt würde es rein rechnerisch über 13 Jahre dauern, bis die Arbeitslosenzahl wenigstens halbiert wäre, vorausgesetzt, es gebe in der Zwischenzeit nicht wieder einen konjunkturellen Rückschlag - eine unrealistische Annahme.

Die Arbeitsmarkt-Experten des IAB sagen mittelfristig bis zum Jahr 2004 eine Arbeitsplatzlücke von immer noch 4,2 Millionen voraus, wenn keine wirksamen Gegenstrategien entwickelt werden.

Es gibt kein Patentrezept zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung. Sicher ist aber zweierlei:

- Hauptansatzpunkt einer jeden wirksamen Vollbeschäftigungsstrategie ist, ein dauerhaftes, dynamisches und nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu erreichen. Dies geht am besten, wenn mehrere Instrumente gleichzeitig eingesetzt werden.
- So notwendig Wirtschaftswachstum auch ist. Es allein wird niemals zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung ausreichen. Zusätzlich muß darum einerseits die Arbeitszeit verkürzt werden, und andererseits muß die Arbeitsmarktpolitik unterstützend wirken.

Entscheidend ist, nicht der einen oder anderen Ideologie zu folgen, sondern pragmatisch, aber entschlossen eine solche Mehr-Wege-Strategie zu starten.²

Diese nationale Beschäftigungspolitik muß sich einfügen in eine europäisch-koordinierte Finanz- und Geldpolitik sowie Struktur- und Arbeitsmarktpolitik. Auf der Grundlage der europäischen Beschäftigungsleitlinien müssen Bund und Länder ihre beschäftigungspolitischen Maßnahmen in dem von der EU geforderten "Nationalen Aktionsplan" verbindlich festlegen.

Mit diesem Positionspapier will der DGB erfolgversprechende Wege zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nennen und für deren Umsetzung werben.

²Von verschiedenen Wirtschaftsforschungsinstituten und Wirtschaftswissenschaftlern sind Berechnungen über die Auswirkung einer solchen Mehr-Wege-Strategie berechnet worden. Sie zeigen: Es gibt tatsächlich wirkungsvolle Möglichkeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Einzelheiten solcher Berechnungen und Prognosen sind im Anhang 2 zu diesem Positionspapier dokumentiert.

Handlungsfelder zur Verwirklichung einer Mehr-Wege-Strategie des DGB

1. Wachstumsbeschleunigung und Wachstumsversteigerung

1.1 Neue Beschäftigungsfelder durch mehr Innovationen

Wir sind ein Land mit besonders hoher Produktivität. Hierauf basiert unser gesamtes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, und durch diese Produktivität und durch die Innovationsfähigkeit sind wir trotz hoher Löhne und Gehälter international wettbewerbsfähig. Der entscheidende Hebel zur Stärkung unseres Wirtschaftsstandortes und für mehr Beschäftigung ist, unsere Wirtschaft weiter zu modernisieren.

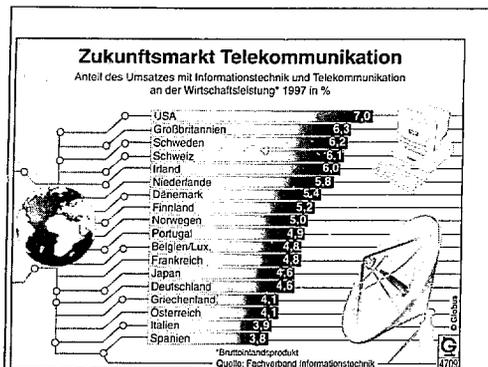
Bundesregierung und Arbeitgeber dagegen wollen die Arbeitslosigkeit mit einer reinen Niedrigkosten-Strategie bekämpfen: Sie haben in den vergangenen Jahren alles daran gesetzt, Löhne und Lohnnebenkosten zu senken, Steuern der Unternehmen, der Bezieher hoher Einkommen und der Besitzer von Vermögen abzubauen, zu deregulieren und zu privatisieren. Dies ist der falsche Weg, zumal dabei vernachlässigt wurde, unsere Innovationsfähigkeit auszubauen. Bundesregierung und Arbeitgeber haben so viele Chancen für neue Wachstums- und Beschäftigungsfelder verschenkt. Dies muß sich wieder ändern.

Es sind die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß Wagnisbereitschaft und Kreativität und nicht nur kurzfristige Kosten-senkungsoperationen in den Mittelpunkt der privaten und öffentlichen Wirtschaft gestellt werden. Dem Staat kommt hierbei die Aufgabe zu, die notwendigen Rahmenbedingungen zu setzen.

Dringenden Handlungsbedarf sieht der DGB in folgenden Bereichen:

- **Umweltschutz** mit den Schwerpunkten Solarenergie, neue Antriebstechniken bei Kraftfahrzeugen, Wärmedämmung, Recycling, Energiedienstleistungen,
- **neue Medien** mit dem Schwerpunkt Herstellung und Aufbereitung von Informations-, Kultur- und Unterhaltungsinhalten für Unternehmen und Privathaushalte,
- **Biotechnologien** mit den Schwerpunkten Gesundheit und Ernährung,
- **soziale Dienste** mit den Schwerpunkten ambulanter Gesundheits- und Pflegedienste sowie sonstiger haushaltsbezogener Dienstleistungen,

Spitzenreiter USA



Statistische Angaben: Fachverband Informationstechnik im VDMA und ZVEI.

Informationstechnik und Telekommunikation sind die Märkte der Zukunft. Deutschland liegt mit 4,6 Prozent sogar unter dem westeuropäischen Durchschnitt von 4,9 Prozent.

- Existenzgründungen mit dem Schwerpunkt auf junge Schul- und Hochschulabsolventen sowie Arbeitslose.

Die EU, Bund, Länder und Kommunen müssen gezielt die qualitativen Angebotsbedingungen in den genannten Bereichen verbessern.

Deutschland muß endlich zu einer Trendwende bei den Investitionen in Forschung und Entwicklung kommen. Beim Anteil der staatlichen und privaten Forschungsausgaben ist Deutschland unter den großen Staaten auf den vierten Platz zurückgefallen. Staat und Wirtschaft sollten sich das Ziel setzen, bis zum Jahr 2002 den ersten Platz zu erreichen.

Zur Förderung neuer Beschäftigungsfelder müssen Bund, Länder und Kommunen in Ergänzung zu den Kammern ihre Wirtschafts- und Arbeitsförderung ausbauen und besser miteinander koordinieren. Insbesondere im Bereich der Existenzgründungen und der Unterstützung von kleinen und Handwerksunternehmen fehlt es oft an geeigneten Hilfestellungen.

Von ebenso großer Bedeutung ist aber auch die innerbetriebliche Innovationsförderung der Unternehmen und Verwaltungen. Oft verhindert eine auf nur kurzfristige Bilanz- und Börsenerfolge ausgerichtete Unternehmenspolitik und eine an traditionellen Hierarchien festhaltende Arbeitsorganisation eine mittelfristig solide, innovative und arbeitsschaffende Unternehmensentwicklung.

Notwendig sind der Umbau und die Erneuerung der betrieblichen Organisationsstrukturen, damit die Qualifikationen und Erfahrungen der ArbeitnehmerInnen besser genutzt und entwickelt werden. Ansatzpunkte hierzu sind flachere Hierarchien, mehr Gruppenarbeit und mehr Eigenständigkeit für die Beschäftigten. Die Betriebsräte sowie die Gewerkschaften sind bereit, im Rahmen von Betriebsvereinbarungen und Tarifverträgen die Rahmenbedingungen für eine schnelle Umsetzung von wirtschaftlich effizienten und menschengerechten Formen der Arbeitsgestaltung und der Arbeitsorganisation zu schaffen. Bessere gesetzliche Rahmenbedingungen (u.a. Betriebsverfassungsgesetz, Telearbeitsgesetz, Unternehmensmitbestimmung) ermöglichen eine reibungslosere und wirksamere Bewältigung dieser Aufgaben. Die öffentliche Hand sollte Modellprojekte innovativer Arbeitsorganisationen zur Förderung des innerbetrieblichen Strukturwandels auf der Grundlage von Tarif- und Betriebsvereinbarungen über finanzielle Anreize unterstützen. Notwendig ist ein "Zukunftsprogramm Arbeit und Technik".

1.2 Ausbau und Modernisierung der Infrastruktur

Das Rückgrat eines starken Wirtschaftsstandorts ist - neben der Qualifikation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer - eine leistungsfähige Infrastruktur. In den letzten Jahren standen aber überzogene Sparoperationen und eine unsoziale Steuerpolitik ganz oben auf der Tagesordnung der Bundesregierung - mit Auswirkungen auch auf die Länder und Kommunen. In der Folge sind die öffentlichen Investitionen gesunken. Dies ging nicht nur auf Kosten des Ausbaus und der Modernisierung der öffentlichen Infrastruktur, sondern z. T. sogar zu Lasten von deren bloßer Erhaltung. Eine Korrektur ist dringend erforderlich; ansonsten würden wir einen unserer Wettbewerbsvorteile verspielen und unsere Lebensqualität noch weiter einschränken.

Der DGB fordert, daß Bund, Länder und Kommunen gemeinsam mit den im Infrastrukturbereich tätigen Unternehmen einen "Aktionsplan Infrastruktur" entwickeln und umsetzen. Dieser Aktionsplan sollte sich in ein europäisches Investitionsprogramm zum Ausbau der transeuropäischen Netze (Verkehr, Telekommunikation, Energie) einfügen. Die Bundesregierung sollte während ihrer EU-Präsidentschaft in der ersten Hälfte 1999 hierzu neue Impulse setzen.

Besonders vordringlich sind Investitionen

- im Bereich **Verkehr**, mit Priorität für den Ausbau der Schienenverkehrswege (ÖPNV, Fernverkehr) und für die Förderung von Güterverkehrszentren als Knotenpunkte mehrerer Verkehrsträger,
- im Bereich **Telekommunikation**, mit Priorität für die Ausstattung von Bildungseinrichtungen und der öffentlichen Verwaltung mit Informations- und Kommunikationstechnologie,
- im Bereich **Energie**, mit Priorität für den Einsatz regenerativer Energieträger und Maßnahmen zur Energieeinsparung,
- im Bereich **Wasser- und Abfallwirtschaft**, mit Priorität für die Modernisierung privater und kommunaler Einrichtungen;
- zugunsten von **Schulen und Hochschulen**, um deren Kapazitäten an Räumen, Lehrpersonen und Lehrmitteln erheblich auszubauen.

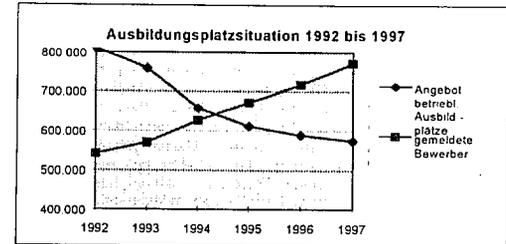
Der "Aktionsplan Infrastruktur" ist nicht nur ein schon kurzfristig wirkender Beitrag, die daniederliegende Bauwirtschaft aus der Talsohle herauszubringen; er stärkt mittelfristig auch die Wettbewerbsfähigkeit der in Deutschland operierenden Unternehmen und vergrößert gleichzeitig die Lebensqualität der Menschen.

Der "Aktionsplan Infrastruktur" muß jedoch auch als Investitionsprogramm zur Verbesserung der Umweltbedingungen genutzt werden. Insbesondere geht es um die Ziele, die CO₂-Emissionen deutlich zu reduzieren und den Anteil der regenerativen Energien zu vergrößern.

1.3 Qualifizierungsoffensive: Investieren in menschliche Fähigkeiten

Menschliches Wissen und Können ist unser wichtigster "Rohstoff". Nur mit kompetenten Beschäftigten, die ihre Fähigkeiten entfalten und weiterentwickeln können, lassen sich neue, wettbewerbsfähige Güter und Dienstleistungen auf die Märkte bringen. Und nur so können die Unternehmen langfristig die Herausforderungen des raschen wirtschaftlichen Wandels bestehen. Investitionen in die schulische Allgemeinbildung, in die berufliche Erstausbildung und in die Weiterbildung haben deshalb nicht nur einen hohen Eigenwert, sondern sind auch aus wirtschaftlicher Sicht besonders vorrangige Zukunftsinvestitionen. Darum fordert der DGB eine **Bildungs- und Ausbildungsoffensive**, die diesen Namen wirklich verdient.

Die heutige Situation ist für die betroffenen Jugendlichen und damit für die Zukunft unserer Gesellschaft niederschmetternd. Die **Jugendarbeitslosigkeit** steigt beständig. Vor allem aber wird die Differenz zwischen dem Angebot an Ausbildungsplätzen und der Zahl der Jugendlichen, die einen Ausbildungsplatz suchen, von Jahr zu Jahr größer. Damit wird vielen jungen Menschen schon beim Berufseinstieg die Lebensperspektive verbaut.



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

Während es 1992 noch einen Überhang von 268.456 Ausbildungsplätzen gab - der notwendig ist, damit Jugendliche einen Ausbildungsplatz entsprechend ihrer Interessen wählen können -, öffnet sich seit 1995 eine Schere. 1997 fehlten schon fast 200.000 Ausbildungsplätze.

Der erste und wichtigste Schritt der notwendigen Qualifizierungsoffensive ist daher, jedem Jugendlichen eine qualifizierte Ausbildung zu garantieren. Nachdem seit Jahren alle Appelle an die Arbeitgeber, ihrer **Ausbildungsverpflichtung** nachzukommen, nicht fruchten, fordert der DGB einen **solidarischen Lastenausgleich** zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben und Verwaltungen. Daneben sind viele Einzelschritte nötig, etwa, indem Wirtschaftsbereiche, die bislang noch wenig Erfahrungen mit dualer Ausbildung haben, gezielt an die Berufsausbildung herangeführt werden. Dazu sollte die Bundesregierung das Programm zur Förderung von Ausbildungsplatzentwicklern um 25% ausweiten, und zwar schwerpunktmäßig in neuen Dienstleistungsbranchen sowie bei ausländischen Betrieben. **Ausbildungsverbünde** sollen durch Übernahmen von Regiekosten gefördert werden.

Aber es geht nicht nur um quantitative Fragen. Wir brauchen neue, moderne Ausbildungsberufe, damit die berufliche Bildung mit dem raschen wirtschaftlichen Strukturwandel Schritt halten kann. Wir brauchen eine bessere Berufsschule, denn auch die kann und muß zu einer besseren Qualität der beruflichen Bildung beitragen. Eine auf die Zukunft orientierte Fachausbildung im Betrieb und in der Berufsschule muß um überfachliche Qualifikation ergänzt werden und stärker soziale, ökologische und gesellschaftliche Kompetenzen vermitteln.

Defizite während der Zeit der schulischen Bildung können später nur noch unter großen Mühen wieder ausgeglichen werden. Es bedarf organisatorischer und finanzieller Anstrengungen, um Leistungsschwächen der Schulen und insbesondere der Hauptschulen zu beseitigen. Ungünstigere Startchancen und schlechtere individuelle Voraussetzungen dürfen aber kein Auslesekriterium sein, das vernünftige Berufsperspektiven abschneidet. Deshalb sind verstärkte Anstrengungen zugunsten einer zeitlichen und individuellen Förderung in der Schule von großer Bedeutung. Neben differenzierten Förderangeboten fordert der DGB auch kleinere Klassenfrequenzen.

Ein dritter Schritt der notwendigen Qualifizierungsoffensive ist eine Hochschulreform. Hochschulen einschließlich der Fachhochschulen leisten Beachtliches in Lehre und Studium, in Forschung und Entwicklung und bei der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Gerade wegen dieser Bedeutung müssen die Hochschulen grundsätzlich staatliche Aufgabe bleiben. Dennoch besteht dringender Verbesserungsbedarf. Nötig ist

- eine bessere Finanzierung, um Investitionen in Personal, Gebäude und Geräte vornehmen zu können;
- die Verzahnung zwischen dem Hochschul- und dem Beschäftigungssystem zu vertiefen. Das Studium muß auch die Wertbarkeit der erworbenen Qualifikation am Arbeitsmarkt und damit den Ausbildungscharakter berücksichtigen.
- die Verbesserung der Studienbedingungen, um die Qualität der Ausbildung zu steigern, die Abbrecherquoten zu senken und die internationale Anerkennung zu stärken. Notwendig ist eine Reform der Ausbildungsförderung, die sicherstellt, daß ein Studium unabhängig vom sozialen Status und vom Einkommen der Eltern aufgenommen und durchgeführt werden kann. Die generelle Einführung von Studiengebühren lehnen wir ab.

Ein vierter Schritt der notwendigen Qualifizierungsoffensive ist, die Weiterbildung deutlich auszubauen. Die Rahmenbedingungen für lebenslanges Lernen sind systematisch zu verbessern. Besonders vordringlich kommt es auf verstärkte Weiterbildungsaktivitäten in den Unternehmen an. Aber auch die Bundesanstalt für Arbeit muß ihre Maßnahmen der Fortbildung und Umschulung ausweiten.

Weiterbildung darf kein Privileg für diejenigen sein, die am Arbeitsmarkt ohnehin im Vorteil sind. Un- und angelernte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind bei betrieblichen Weiterbildungsmaßnahmen deutlich unterrepräsentiert; auch für sie gilt aber, daß sie den Anschluß an neue technische Entwicklungen und neu entstehende Berufe finden müssen. Jugendlichen ohne Abschluß, älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Langzeitarbeitslosen, Beschäftigten ohne ausreichende Qualifikation oder Berufsrückkehrerinnen müssen zusätzliche Hilfen zur Qualifikation angeboten werden. Hierzu kann auch eine bessere Verknüpfung von Arbeit, Aus- und Weiterbildung beitragen, um eine adäquate berufliche Bildung für alle zu ermöglichen.

Erforderlich ist die Schaffung eines bundeseinheitlichen Rahmens, damit in einem vielfältigen Angebot von Weiterbildungsträgern Chancengleichheit für alle gewährleistet werden kann.

1.4 Finanzpolitik

Ein wichtiger Ansatzpunkt für mehr Wirtschaftswachstum ist, daß Bund, Länder und Kommunen wieder deutlich mehr öffentliche Investitionen tätigen - zumal diese in der Regel auch unmittelbar zu mehr Lebensqualität führen.

Der DGB fordert, die öffentliche Investitionsquote wieder auf das Niveau Anfang der 70er Jahre aufzustocken. Dabei geht es um Impulse für Forschung und Entwicklung, Produktinnovationen, ein "Zukunftsprogramm Arbeit und Technik", Stärkung der Infrastrukturen im Rahmen eines "Aktionsplan, Infraktstruktur" (z.B. Verkehr, Telekommunikation), Ausbau der Gesundheitsversorgung und sozialen Dienstleistungen, Sanierung der Städte sowie Programme für ein ökologisch nachhaltiges Wirtschaften (Wärmedämmung, erneuerbare Energien).

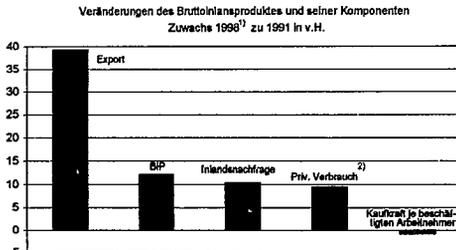
Massenarbeitslosigkeit bedeutet auch niedrige Beitrags- und Steuereinnahmen des Staates. Die gesamtfiskalischen Kosten der Arbeitslosigkeit lagen 1997 auf dem Rekordniveau von 166 Mrd. DM. Das sind gut 45 Mrd. DM mehr als das gesamte Defizit aller öffentlichen Haushalte in Höhe von gut 120 Mrd. DM. Die von der Bundesregierung verfolgte Strategie der Ausgabenkürzungen hat mit der Arbeitslosigkeit auch diese Kosten der Arbeitslosigkeit immer weiter erhöht. Mehr Wachstum und mehr

Beschäftigung sind die besten Finanzierungsquellen für den öffentlichen Haushalt.

Abgesehen davon muß die Finanzpolitik auch **Konjunkturschwankungen abmildern**. In Phasen der Konjunkturschwäche ist es nötig, die dann auftretenden konjunkturbedingten Mindereinnahmen und Mehrausgaben wegen Arbeitslosigkeit durch zusätzliche Kredite und nicht durch eine kontraproduktive Sparpolitik auszugleichen. Zwar ist es auch nötig, die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren, doch darf dies nur in Phasen stabilen Wachstums erfolgen. Andernfalls werden ihre eigenen Grundlagen durch schwächeres Wachstum, Mindereinnahmen und Mehrausgaben für Arbeitslosigkeit gefährdet. Notwendig ist deshalb eine Verstetigung der staatlichen Gesamtausgabenzuwächse.

1.5 Die Binnennachfrage und die Kaufkraft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stärken!

Die Kaufkraft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sinkt seit Jahren. Dies muß sich wieder ändern. Mehr Kaufkraft bedeutet eine größere Nachfrage, und dies hat wiederum mehr Arbeitsplätze zur Folge. Auch dies ist ein notwendiger Ansatzpunkt für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.



1) Für 1990 Prognose der Wirtschaftsforschungsinstitute v. 8. Mai 1990
2) Anstieg des Privaten Verbrauchs allein durch Entsparen und Entnahmen aus stark gestiegenen Gewinnen
Nach Angaben des Stat. Bundesamtes

Das **Schaubild** zeigt, daß die Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes (BIP) in den letzten Jahren gering war. Während der Export boomte - ein Beleg für unsere gute internationale Wettbewerbsfähigkeit -, nahm die Inlandsnachfrage nur relativ wenig zu. Am schwächsten stieg der private Verbrauch an, weil die Kaufkraft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sogar gesunken ist.

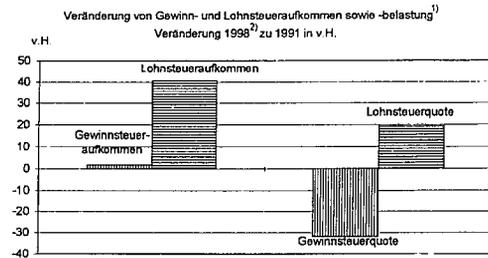
Noch nie hat es in der Geschichte der Bundesrepublik bei sinkenden Reallohnen einen dauerhaften Aufschwung gegeben. Ein deutlicher **Reallohnanstieg** ist daher eine Voraussetzung für ein nachhaltiges und beschäftigungswirksames Wirtschaftswachstum.

Die Einkommen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können und müssen mit Hilfe der gewerkschaftlichen **Tarifpolitik** steigen.

Aber auch die **Steuerpolitik** kann und muß einen Beitrag für höhere Netto-Reallohne leisten und so zusätzliche Nachfrageimpulse auslösen, die zu mehr Wirtschaftswachstum und zu mehr Beschäftigung führen.

Darum fordert der DGB, den Marsch in den **Lohnsteuerstaat** zu stoppen. Steuerentlastungen müssen auf die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen konzentriert werden. Dies geht am besten, wenn folgende Grundsätze erfüllt werden:

- Erhöhung des **Grundfreibetrages** für das Existenzminimum,
- schrittweise Senkung des **Einkommenssteuersatzes** im Einkommensteuertarif von 25,9 % auf unter 20 %,
- Erhöhung des **Kindergeldes** für Erst- und Zweitkinder von 220 DM auf mindestens 250 DM,
- **Steuerfinanzierung versicherungsfremder Leistungen** im Wege einer allgemeinen aufkommensneutralen Energiesteuer auf alle fossilen Brennstoffe und Elektrizität, ausgenommen der Elektrizität aus regenerativen Quellen mit Ausnahmeregelungen für stark energieabhängige und energieintensive Unternehmen (Prozeßenergie). Genutzt werden soll dies für die Senkung der Sozialversicherungsbeiträge. So können die gesetzlichen Lohnnebenkosten sinken, was zusätzlich zur Schaffung neuer Arbeitsplätze beiträgt.



1) Veränderung der Lohnsteuerquote (Lohnsteuer zu Bruttoflöhen) und der Gewinnsteuerquote (Gewinnsteuern zu Bruttogewinnen) 1998 zu 1991 in v.H.

2) Für 1998 Prognosen der Institute v. 8. Mai und der Steuerkommission beim BMF v. 20. Mai 1998

Nachdem in den letzten Jahren die soziale Ungerechtigkeit drastisch zugenommen hat, müssen im Zuge einer solchen Steuerreform auch Beiträge zu mehr Gerechtigkeit geleistet werden. Darum fordert der DGB, folgende Grundsätze zur Finanzierung der Steuerreform zu verwirklichen:

- Streichung von Sonderprivilegien wie Sonderabschreibungen mit hohen Verlustzuweisungen,
- Einführung einer wirksamen Zinsbesteuerung für hohe Vermögenseinkommen durch eine europäische Quellensteuer oder erwahlweise - Mitteilungspflicht der EU-Mitgliedsstaaten über Zinszahlungen an Gebietsfremde an die Finanzverwaltungen der jeweiligen Wohnsitzländer,
- Wiedereinführung einer Vermögensteuer für hohe Privatvermögen,
- Abschaffung des Steuerdumping, das sind unfaire Praktiken mehrerer EU-Mitgliedsstaaten speziell zur Ermöglichung von Steuerflucht aus anderen EU-Mitgliedsstaaten, insbesondere aus Deutschland,
- Unterlassung von unsozialen Gegenfinanzierungsmaßnahmen wie z. B. die Abschaffung der Steuerfreiheit für Sonntags-, Feiertags- und Nachtzuschläge bzw. durch eine zu geringe Kilometerpauschale für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte.

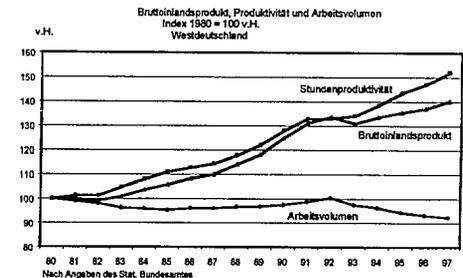
1.6 Geldpolitik

Es gibt ein überhöhtes Realzinsniveau. Dies ist eine Mitursache für die vorhandene Investitionsschwäche. Ein weiterer Ansatzpunkt für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist darum, daß die Deutsche Bundesbank vorhandene Zinssenkungsspielräume konsequent nutzt.

Die Bundesbank selbst nennt eine Preissteigerung von 2,0 % als "unausweichlich". Gegenwärtig liegt die Preissteigerungsrate weit darunter. Von einer Inflationsgefahr sind wir also weit entfernt. Also könnten die Zinsen gerade auch im Vorfeld der dritten Stufe der Europäischen Währungsunion (EWU) gesenkt werden, um so der Europäischen Zentralbank (EZB) die Möglichkeit zu geben, mit einem möglichst niedrigen europäischen Zinsniveau in die EWU zu starten. Dies hätte zur Folge, daß zusätzliche private Investitionen - und damit zusätzliche Arbeitsplätze - gegenüber einer reinen Geldanlage an Attraktivität gewinnen.

2. Gerechte Verteilung der Arbeit mit mehr Zeitsouveränität der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verbinden

Unsere hohe Arbeitsproduktivität macht zwar unsere internationale Konkurrenzfähigkeit aus, hat aber eine Kehrseite: Seit weitaus mehr als 20 Jahren sinkt die Gesamtzahl der geleisteten Arbeitsstunden, das Arbeitsvolumen, weil die Arbeitsproduktivität schneller wächst als die Wirtschaft.



Es wäre unrealistisch, allein durch Wirtschaftswachstum die vorhandene Arbeitslosigkeit beseitigen zu wollen. Und das bedeutet: Kräftige Schritte der Arbeitszeitverkürzung sind unverzichtbar, um die Vollbeschäftigung wiederherstellen zu können.

Arbeitszeitverkürzungen sind sowohl für Arbeitgeber als auch für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vorteilhaft:

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer profitieren durch Sicherung ihrer Beschäftigung und durch zusätzliche Arbeitsplätze. Sie gewinnen darüber hinaus mehr freie Zeit. Die Unternehmen profitieren, weil mit sinkender Arbeitslosigkeit auch die Kosten der Arbeitslosigkeit sinken. Außerdem können Arbeitszeitverkürzungen mit weiterer **Arbeitszeitflexibilisierung** verbunden werden, was einerseits für die Beschäftigten mehr Eigenständigkeit bei der Verteilung ihrer Arbeitszeiten und andererseits für die Unternehmen weitere Kostenentlastungen bewirken kann. Ein solches **"Flexi-Arbeitsverteilungskonzept"** schafft also einen Interessenausgleich zwischen Beschäftigten, Arbeitslosen und Unternehmen.

Diese unterschiedlichen Aspekte und Ziele der Arbeitszeitpolitik lassen sich am besten verwirklichen, wenn - je nach den Bedingungen in den einzelnen Branchen und Unternehmen - **vielfältige Formen der Arbeitszeitverkürzung** verwirklicht werden. Darum fordert der DGB:

1. Die 35-Stunden-Woche muß durchgängig für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gelten. Hierauf aufbauend wollen und müssen wir weitergehende individuelle wie kollektive Formen der Arbeitszeitverkürzung durchsetzen, ohne die Existenz unterer und mittlerer Einkommensbezieher zu gefährden.

Eine solche Arbeitszeitverkürzung ist enorm beschäftigungswirksam. Über 1 Million gesicherte und geschaffene Arbeitsplätze hat es alleine dadurch gegeben, daß die Arbeitszeit von 40 auf heute durchschnittlich 37,4 Stunden (in Westdeutschland) verkürzt werden konnte. Dies gibt uns zusätzliche Gewißheit, dass es richtig ist, diesen Weg fortzusetzen.

2. Trotz aller Probleme mit den Renten kann auch die **Lebensarbeitszeit** nicht ausgeklammert bleiben. Ziel des DGB und seiner Gewerkschaften ist es, flächendeckende tarifvertragliche Vereinbarungen zur **Altersteilzeit** auf der Grundlage des Altersteilzeitgesetzes zu vereinbaren, die soweit wie möglich über die Vorgaben des Gesetzes hinausgehen.
3. Unverzichtbar ist auch, durch glaubwürdige und nachvollziehbare Zusagen der Arbeitgeber, durch Tarifverträge oder im Rahmen eines neuen Arbeitszeitgesetzes die Zahl der **Überstunden** abzubauen und unvermeidbare Mehrarbeit mit Freizeit auszugleichen. Wir streben gesicherte **Jahres- und Lebensarbeitszeitkonten** an, die den Beschäftigten mehr Zeitsouveränität geben sollen.

4. Daneben wollen wir die Voraussetzungen dafür verbessern, daß Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch individuell ihre Arbeitszeit verkürzen können. Dazu bieten sich vor allem mehr **sozialversicherungspflichtige Teilzeitarbeitsplätze** an. Auch wenn die Teilzeitarbeit in Deutschland seit Jahren kontinuierlich an Bedeutung wächst, so ist doch ihr Anteil im internationalen Vergleich verhältnismäßig gering. Wichtig ist, dass jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer das Recht erhält, in Teilzeitarbeit zu wechseln - und umgekehrt - solange keine zwingenden betrieblichen Gründe dem entgegenstehen.

Teilzeitarbeit kann und sollte im übrigen verstärkt auch flexible Gestaltungsmöglichkeiten bedeuten. So könnten einzelne Beschäftigte ihre - reduzierte - Arbeitszeit je nach ihren individuellen Vorstellungen auf einzelne Wochen verteilen. Auch dies wäre ein Schritt zu mehr Zeitsouveränität. Unverzichtbar ist, den **Mißbrauch** zu stoppen, den die Arbeitgeber mit **geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen** betreiben. Alle Formen der Teilzeitarbeit müssen sozialversicherungspflichtig werden!

Die individuelle Verkürzung der Arbeitszeit kann aber auch bedeuten, ähnlich wie bei Kindererziehungszeiten einen vorübergehenden Ausstieg von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus der Erwerbsarbeit zu ermöglichen, etwa zum Zwecke einer Weiterbildung. **Mehr Zeitsouveränität** kann auch geschaffen werden, indem jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer die Chance hat, je nach der individuellen Lebensplanung Phasen der Vollzeitarbeit, der Teilzeitarbeit, der Erziehungs- oder der Bildungszeit zu kombinieren. Hierzu sind die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu verbessern.

3. Ausbau und Verstetigung der Arbeitsförderung

Die **Arbeitsmarktpolitik** kann und muß mit dazu beitragen, schon kurzfristige Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen und Brücken in den sog. ersten Arbeitsmarkt zu bauen.

Für die individuelle **Überbrückung** von Arbeitslosigkeit und für eine zukunftsorientierte Qualifizierung sind die klassischen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, wie Weiterbildung, Kurzarbeit, ABM, Lohnkostenzuschüsse, nach wie vor erforderlich. Solche Maßnahmen müssen verstärkt und auf das Niveau Mitte der 90er Jahre angehoben werden. Dies trägt auch dazu bei, der Benachteiligung von Frauen, Langzeitarbeitslosen und Behinderten am Arbeitsmarkt wirksamer entgegenzuwirken. Die Umsetzung des Luxemburger Beschäftigungsgipfels sollte jedem Jugendlichen nach sechs Monaten Arbeitslosigkeit und Langzeitarbeitslosen nach 12 Monaten Arbeitslosigkeit ein Recht auf arbeitsmarktpolitische Hilfe einräumen.

Bei der arbeitsmarktpolitischen Flankierung des betrieblichen Strukturwandels sollten gleichfalls neue Wege gegangen werden. So müssen die **Kooperationsmöglichkeiten** zwischen Betrieb und Arbeitsämtern, z. B. nach dem Vorbild der Stahlstiftung im Saarland oder der Arbeitsstiftung in Österreich, verbessert werden. Auch die **gemeinsame Entwicklung und Finanzierung** von Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften sollte verbessert werden. Ebenfalls sollte bei betrieblicher Freistellung von Arbeitskräften für Weiterbildung oder Elternurlaub und gleichzeitiger Einstellung von Langzeitarbeitslosen die **Förderung der Arbeitsämter** ausgebaut werden (Job-Rotations-Programm). Auch die **Entwicklung effektiver Übergänge** zwischen Beschäftigung und Rente sowie Qualifizierung und Beschäftigung ist erforderlich.

Die **öffentlich geförderte Beschäftigung**, vor allem in Form von Arbeitsbeschaffungs- und Qualifizierungsmaßnahmen muß fortgesetzt werden, solange es einen erheblichen strukturellen Mangel an Arbeitsplätzen gibt.

Die steigende Flexibilität und Mobilität in der Arbeitswelt macht verstärkte Beratungs- und Vermittlungsbemühungen und mehr gleitende Beratung zur beruflichen Umorientierung erforderlich. Die Beratung und Vermittlung muß effizienter gestaltet werden; verbessert werden muß sie aber auch durch eine bedarfsgerechte **Personalausstattung der Arbeitsämter**. Das Arbeits- und Sozialrecht muß auch für neue Typen der Arbeitsverhältnisse gelten. So gilt es,

- den Mißbrauch der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse zu stoppen und diese Arbeitsverhältnisse in die Sozialversicherung einzubeziehen;
- gesetzliche Regelungen zur Begrenzung der Scheinselbständigkeit zu schaffen;
- eine Generalunternehmerhaftung für nicht abgeführte Lohnsteuer und Sozialbeiträge, nicht gezahlte Löhne und Gehälter sowie bei Umgehung sozial- und arbeitsrechtlicher Vorschriften durch Unterauftragnehmer einzuführen;
- die Kontrollen illegaler Beschäftigung zu verbessern und die Kontrollbehörden mit dem notwendigen Personal auszustatten;
- die Vermittlung in tarifwidrige Arbeitsverhältnisse auszuschließen.

4. Aufbau Ost

Alle genannten Ansatzpunkte für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gelten für Ost- und Westdeutschland gleichermaßen. Da aber

der wirtschaftliche und soziale Abstand zwischen beiden Teilen Deutschlands nach wie vor groß und die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland besonders hoch ist, fordert der DGB eine Politik, die dem Aufbau Ost höchste Priorität einräumt. Notwendig sind **spezielle Instrumente**, die den besonderen Bedingungen in Ostdeutschland Rechnung tragen und einen wirksamen Einsatz der Fördermittel versprechen. Dazu gehören insbesondere

- ein langfristig verlässlicher und effizienter **Förderrahmen** zum Aufbau einer beschäftigungswirksamen, innovativen und international wettbewerbsfähigen Industrie- und Dienstleistungsbasis;
- die **Bündelung und Vereinfachung** der Förderpolitik in Abstimmung von EU, Bund und Ländern, der Erhalt der obersten EU-Förderpriorität und die Förderung der regionalspezifischen Struktur- und Beschäftigungspolitik auf der Grundlage regionaler Entwicklungskonzepte;
- zusätzliche öffentliche Investitionen zur Modernisierung und zum Ausbau der **Infrastruktur**;
- die weitere institutionelle und finanzielle Verantwortung des Bundes für eine **aktive Sanierungspolitik** der BvS, um den Unternehmensbestand zu sichern und weiterzuentwickeln;
- der Ausbau der ostdeutschen **Forschungs- und Entwicklungsbasis**, die Vermittlung von Ost-West-Kooperationen, um die Innovationskraft zu stärken, und die verstärkte Unterstützung von betrieblichen und regionalen Kooperationen in der Wirtschafts- und Forschungsförderung;
- die Förderung von **Beratungsprojekten** zur Beteiligung von Mitarbeitern und Betriebs- und Personalräten an der Betriebs-, Arbeits- und Prozessorganisation sowie an Sanierungs- und Innovationsprozessen;
- die ausreichende Bereitstellung von **Risikokapital** für Klein- und Mittelbetriebe sowie Existenzgründungen und deutliche Erleichterung der Verfügbarkeit;
- und schließlich die Verstärkung der aktiven **Arbeitsmarktpolitik** bei Sicherung leistungsfähiger Trägerstrukturen.

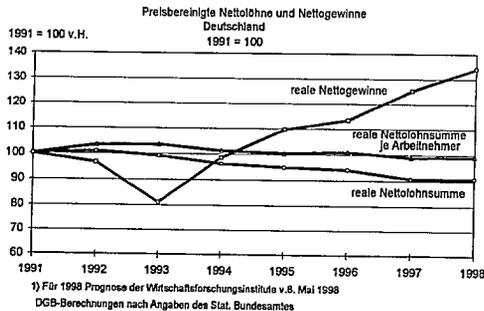
Eine solche Politik schafft die Voraussetzung dafür, daß die Menschen in den neuen Bundesländern ihren Leistungswillen, ihre Qualifikation und ihre Gestaltungsfähigkeit voll entfalten können und eine realistische Perspektive auf gleichwertige Lebensbedingungen erhalten.

Anhang 1

Bilanzen eines gescheiterten Politikkonzeptes

1. Rasante Gewinnsteigerungen - schwache Arbeitnehmerkaufkraft

Die preisbereinigten (realen) Nettogewinne stiegen in Deutschland seit 1991 um 34,0 % bei gleichzeitigem Rückgang der Arbeitnehmerkaufkraft um 0,8 %:



Es klingt unglaublich, ist aber wahr: Die Arbeitnehmerkaufkraft lag im vergangenen Jahr in Westdeutschland um 0,9 % unter dem Wert von 1980.

Daraus ergeben sich zwei Schlußfolgerungen:

- Für das Gejammer der Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände über schlechte Standortbedingungen für Unternehmen gibt es keine Grundlage.
- Angesichts der sinkenden Kaufkraft ist es logisch, daß unsere Konjunkturentwicklung praktisch nur vom Export gestützt wird, die Binnennachfrage jedoch lahmt.

Diese Ergebnisse einer hartnäckig auf Sparen und einseitig auf immer mehr Preisdumping in der Europäischen Union, Ausnutzung vieler Gestaltungsfreiheiten und Steuerprivilegien gemacht werden.

In der Konsequenz einer solchen Politik gibt es in Deutschland ein Wachstum ohne Kr.f.t. Die Wachstumsschwäche ist Grundlage für eine Reihe weiterer schwacher Regierungsbilanzen, insbesondere für die unerträglich hohe Arbeitslosigkeit.

2. Statt blühender Landschaften - Aufbau Ost steckengeblieben

Acht Jahre nach der deutschen Einheit kann von gleichwertigen Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland nicht gesprochen werden. Im Gegenteil. Die Unterschiede zwischen Ost und West haben sich gerade auf dem Arbeitsmarkt noch vergrößert. Die Wachstumsraten in den neuen Bundesländern sind bereits hinter die des Westens zurückgefallen.

Daran tragen Bundesregierung und Arbeitgeber gleichermaßen schuld. Sie sind ihrer Verantwortung für den Aufbau Ost nicht gerecht geworden. Sie haben damit Hoffnungen zerstört, statt zu Selbstverantwortung, Tatkraft und Initiative zu ermutigen.

Die soziale Einheit und die Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen in ganz Deutschland durch den Aufbau Ost bleibt auch in Zukunft eine vorrangige Aufgabe unserer Gesellschaft. Ohne ihre Lösung kann eine beschäftigungspolitische Initiative nicht gelingen.

Zugleich ist der Aufbau Ost eine grundlegende Bedingung und ein wesentlicher Beitrag für die erfolgreiche Erweiterung der Europäischen Union nach Osten. Die neuen Bundesländer können ihre wirtschaftliche Kraft nur im europäischen Binnenmarkt entwickeln.

3. Sinkende Gewinnsteuer, aber rasanter Lohnsteueranstieg

Trotz Gewinnbooms stiegen die Gewinnsteuereinnahmen seit 1991 nur um 1,6 %. Die Lohnsteuereinnahmen nahmen dagegen mit + 40,6 % geradezu rasant zu:

Ebenfalls seit 1991 ist die Steuerbelastung der Gewinne (Gewinnsteuerquote) von 28,1 % auf 19,1 % gesunken. Das ist ein Abfall um 32 %. Gleichzeitig stieg die Lohnsteuerbelastung (Lohnsteuerquote) von 15,6 % auf 18,3 %; das ist ein Anstieg um 20 %.

Die Ursachen sind Gewinnsteuersenkungen, Steuerflucht in Steueroasen, Steuerdumping in der Europäischen Union, Ausnutzung vieler Gestaltungsfreiheiten und Steuerprivilegien. Es ist schon dreist, wenn die Bundesregierung und Unternehmer behaupten, daß Scheitern der Steuerreform à la Bundesfinanzminister habe den Durchbruch am Arbeitsmarkt verhindert. Denn

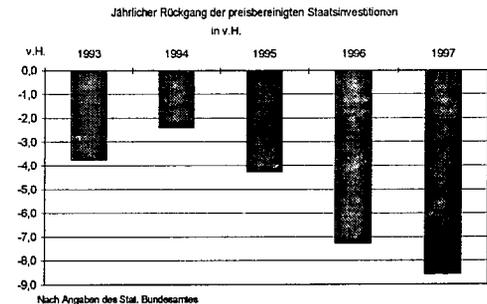
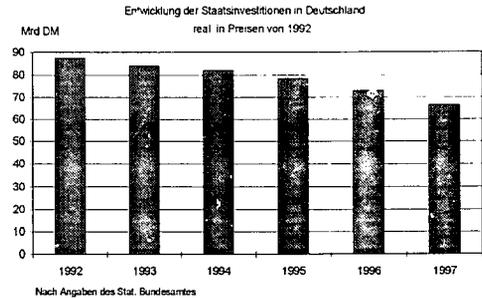
seit 20 Jahren gibt es millionenfache Massenarbeitslosigkeit, obgleich es in dieser Zeit rd. ein Dutzend Steuerreformen gegeben hat. Wie kann da eine Steuerreform, die erst 1999 in Kraft treten sollte, verantwortlich sein für die Massenarbeitslosigkeit?

Es kommt hinzu, daß die Waigel-Vorschläge für Einkommensmillionäre bei je einer Million DM zu versteuerndem Jahreseinkommen eine Steuerentlastung von je 140.000 DM vorsahen. Demgegenüber drohte gut 7 Millionen Arbeitnehmern, die von Tarifverträgen über Sonntags-, Feiertags- und Nachtzuschläge erfaßt werden, allein durch deren geplante volle Besteuerung ein Verlustgeschäft. Diese Verlustbilanz wäre noch erweitert worden durch die vorgeschlagene Absenkung der Kilometerpauschale für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte von 0,70 DM auf 0,40 DM. Bis zu einer Entfernung von 15 Kilometern sollten Fahrtkosten überhaupt nicht mehr berücksichtigt werden. Steuerentlastungen wären bei hohen Einkommen in die Sparquote geflossen; konsumintensive Durchschnittseinkommen wären vielfach höher belastet worden. Nachfrageimpulse wären ausgeblieben.

Im übrigen blieb eine Deckungslücke von mindestens 30 Mrd. DM ohne konkrete Deckungsvorschläge seitens der Bundesregierung. Weitere Einsparungen mit negativen Rückwirkungen auf das Wirtschaftswachstum einerseits und die soziale Gerechtigkeit andererseits wären wohl die zwangsläufige Konsequenz gewesen.

4. Niedergang der öffentlichen Investitionen

Die öffentlichen Investitionen von Bund, Ländern und Gemeinden sind das Rückgrat einer modernen Infrastruktur. Die Spar- und Rotstiftpolitik der Bundesregierung hat auch hier deutliche Spuren hinterlassen mit dem Ergebnis, daß diese Investitionen 1998 mit 71,5 Mrd. DM um nominal, d. h. also nicht preisbereinigt, 15,7 Mrd. DM niedriger lagen als 1992 (87,2 Mrd. DM). Die preisbereinigten Werte zeigen die obere Grafik auf Seite 21 (realer Rückgang in Milliarden DM) sowie die untere Grafik auf derselben Seite (prozentualer realer Rückgang).



Auf 29 Milliarden DM seien die Folgen des Sparkurses 1997 zu beziffern. Das entspräche etwa 0,8 % des BIP. Unter Berücksichtigung aller Effekte hat die staatliche Bremspolitik im vergangenen Jahr einen gesamtwirtschaftlichen Nachfrageverlust von reichlich 1 % des BIP verursacht, bilanziert das DIW die Sparoperationen (zitiert nach Handelsblatt vom 18.06.1998).

Andere Länder - andere Politik - höheres Wachstum

In beschäftigungspolitisch erfolgreicheren Volkswirtschaften gibt es auch eine andere Wirtschaftspolitik mit höheren Wachstumsraten. Dies gilt beispielsweise für Großbritannien, die Niederlande, Dänemark und die USA. Dort gab es nicht wie in Deutschland "Sparpolitik pur". Dort sorgte die Wirtschaftspolitik auch für Nachfrageimpulse.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW):

- "Die Erfahrung hat gezeigt, daß nur ein längerer Aufschwung spürbar positive Beschäftigungseffekte mit sich bringt..... Insgesamt läßt sich feststellen, daß die arbeitsmarktpolitisch erfolgreichen Länder - selbst bei hohem Sozialleistungsniveau - entweder gar nicht angebotspolitisch agierten oder die Angebotspolitik nur dann erfolgreich war, wenn Impulse vom privaten Verbrauch kamen" (Wochenbericht 27-28/97).

Anhang 2

Wege zur Halbierung der Arbeitslosigkeit

1. In Deutschland ist ein Beschäftigungswunder möglich

Die zweite Hälfte der 80er Jahre hat gezeigt, daß in Deutschland eine wirksame Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik möglich ist. Von 1983 bis 1990 ist die Zahl der Erwerbstätigen um 2,2 Millionen gestiegen, wobei das Arbeitsvolumen fast auf gleichem Niveau blieb (1983 = 45,4 Mio. Stunden; 1989 = 45,7 Mio. Stunden und 1990 = 46,1 Mio. Stunden). Die Zahl der Arbeitslosen ging um 375.000 Personen zurück. Daß es nicht zu einer deutlicheren Abnahme der Arbeitslosigkeit kam, lag an dem steigenden Arbeitskräfteangebot mit einer Zunahme der Erwerbsquote um 1,6 Prozent-Punkte.

Jahresdurchschnittliche Wachstumsraten von 3,0 % (1992 - 1997 nur 1,2 %), Arbeitszeitverkürzung einschließlich einer Zunahme der Teilzeitquote um 3,7 Prozent-Punkte, Bildungs- und Familienpolitik (Erziehungsurlaub), Vorruhestandsregelungen und aktive Arbeitsmarktpolitik wirkten in den 80er Jahren zusammen.

Ein Beschäftigungswunder ist also in Deutschland möglich, die dazu notwendige Politik vorausgesetzt.

2. Mehr-Wege-Strategie zur Halbierung der Arbeitslosigkeit

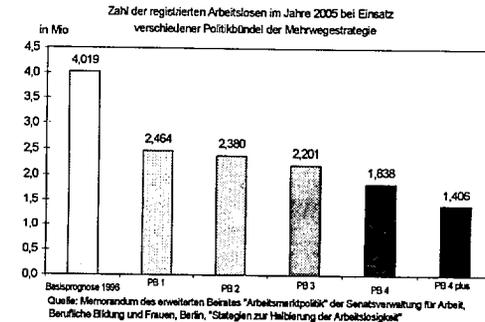
Von verschiedenen Wirtschaftsinstituten und Wirtschaftswissenschaftlern sind Strategien für mehr Beschäftigung erarbeitet worden. Zum Teil sind sie - so gut es geht - in ihren Arbeitsmarktwirkungen berechnet worden. Eine dieser Strategien wollen wir im folgenden zusammengefaßt wiedergeben, um zu zeigen, daß die Arbeitslosigkeit tatsächlich wirksam bekämpft werden kann - eine wirksamere Beschäftigungspolitik vorausgesetzt.

Dabei geht in die Rechnungen die aus Erfahrungen herrührende Annahme ein, daß zur Verringerung der Arbeitslosigkeit um 1.000 Arbeitslose 1.700 neue Arbeitsplätze geschaffen werden müssen, da bei zunehmender Beschäftigung neue Arbeitsplätze auch aus der "Stillen Reserve" besetzt werden. Bei den Berechnungen werden die einzelnen Strategien jeweils zu Politikbündeln (PB) zusammengefaßt. Errechnet wird die Auswirkung auf die Zahl der registrierten Arbeitslosen im Jahr 2005.

Beschäftigungswirkung einzelner Politikbündel (PB) der Mehr-Wege-Strategie bis zum Jahr 2005

Politikbündel (PB)	Weniger Arbeitslose (-) in 1000
1. Politikbündel 1 (PB 1): Tarifliche Arbeitszeitverkürzung um jahresdurchschnittlich 1,3 v.H. (=35-Stunden-Woche für alle). Abbau der Überstunden um 40 % und Erhöhung der Teilzeitquote um 5 Prozent-Punkte bei Lohnwachstum entsprechend der Inflationsrate	1.400
2. Politikbündel 2 (PB 2): Arbeitszeitverkürzung wie bei PB 1, jedoch bei Lohnwachstum durch Ausgleich von Inflationsrate und Produktivitätssteigerung (Meinhold-Formel)	84 (zusätzlich zu PB 1)
3. Politikbündel 3 (PB 3): Wie PB 2 zuzüglich Steuerfinanzierung versicherungsfremder Leistungen durch Energiesteuer/Mehrwertsteuer	180 (zusätzlich zu PB 2)
4. Politikbündel 4 (PB 4): PB 3 zuzüglich beschleunigter Ausbau öffentlicher Infrastruktur durch Anhebung öffentlicher Investitionen auf das Niveau Anfang der 70er Jahre (Größenordnung + 40 Mrd. DM jährlich)	gut 350
5. Politikbündel 5 (PB 5): Wie PB 4 zuzüglich Ausweitung von Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik	950

Das folgende Schaubild zeigt die Entwicklung der Gesamtzahl der Arbeitslosen bei Einsatz der verschiedenen Politikbündel.



3. Das "Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung" der Bundesregierung - ein Kürzungspaket gegen Arbeitnehmer, Rentner und Arbeitslose

Das Kontrastprogramm dazu war das "Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung" der Bundesregierung vom April 1996. Es war in Wirklichkeit ein Programm gegen Arbeitnehmer, Rentner und Arbeitslose wie die folgenden Beispiele zeigen:

Kürzungspaket "Für mehr Wachstum und Beschäftigung"

Arbeitsmarktpolitische Kürzungen (Reduzierung, Bezugsdauer, Arbeitslosengeld),

gesundheitpolitische Kürzungen (Kuren, Zuzahlungen, Krankengeldzahlungen),

Verschärfungen im Rentenrecht (Erwerbsunfähigkeit, Altersgrenze von Frauen heraufgesetzt, Bemessungszeiten einschränkt),

Einschränkung bei der Sozialhilfe,

Einschränkung der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall,

Abbau des Kündigungsschutzes in Kleinbetrieben,

Abschaffung der Vermögensteuer, Verschiebung der Erhöhung von Kindergeld und steuerlichem Grundfreibetrag,

Erfüllung des Konsolidierungsbedarf der öffentlichen Haushalte von 50 Mrd. DM für 1997.

Die Bundesregierung faßt ihr wirtschaftspolitisches Konzept in dem Programm wörtlich in folgendem Satz zusammen:

"Sparen ist Voraussetzung für mehr Beschäftigung, mehr Investitionen, geringere Steuern und Abgaben sowie sicherere Renten- und Sozialleistungen".

Dieses Glaubensbekenntnis wurde durch einschlägige Berechnungen widerlegt, die zu dem Ergebnis kamen, daß das Kürzungspaket die Zahl der Arbeitslosen um 385.000 erhöht hat.

Mit unseren Forderungen haben wir dagegen gezeigt, daß es auch anders möglich ist. Die wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist machbar, und sie kann zugleich auch mit mehr sozialer Gerechtigkeit verbunden werden.